

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909, Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 126 A

BERLIN • Mittwoch, den 1. Juni 1932

1. JAHRGANG

Völliges Versinken in die Barbarei?

Der Wanderer zwischen zwei Welten.

Von Gustav Heckmann.

Während BRÜNING seine Koffer packte, um sich in Badenweiler von der Politik auszuschlafen, wurde wenige Häuser nebenan HINDENBURG von den Nachläufern der kommenden Männer umtobt; wie auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten alljährlich am Jahrestage der Skageraktschlacht die Ehrenwache vor dem Präsidentenpalais von der Marine gestellt wird, so auch an diesem Montag; auf der Vortreppe erwartete HINDENBURG die im Parademarsch mit klingendem Spiel anrückende Truppe, während die Menschenmenge vor dem Palais außer Hochrufen auf den Reichspräsidenten „Deutschland erwache!“ und „Heil HITLER!“ schrie. Und dann lief die Menge hinter einem Teil der Wache her zum Reichswehrministerium, „wo ebenfalls unter stürmischen Heilrufen die Ablösung der Reichswehrwache durch Marine-soldaten erfolgte“.

Deutschland von morgen!

Es ist bezeichnend, daß BRÜNING gestürzt ist, als er zum ersten und letzten Mal in seiner zweijährigen Amtszeit der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise ernsthaft, wenn auch vorsichtig, zuleibe gehen wollte: als er den bankrotten Grundbesitz im Verfahren der Zwangsversteigerung für Siedlungszwecke zu gewinnen suchte. Die Agrarier erkannten richtig, daß damit ein Weg zur Krisenbehebung beschritten werden sollte, der für sie leicht zu einer erheblichen Einbuße an Besitz und Privilegien führen konnte, und sie drückten das in ihrer Sprache so aus: „Der Weg, den die Reichsregierung mit dieser Notverordnung zu gehen gewillt ist, stellt sich als vollendeter Bolschewismus dar.“ BRÜNING ist also, kurz gesagt, an der Aufgabe gescheitert, vor die die Wirtschaftskrise ihn gestellt hatte.

Eine Behebung der Krise ist, wie wir oft begründet haben, nur dadurch möglich, daß die Kapitalisten sich entschließen oder gezwungen werden, einen Teil des Mehrwerts, den sie sich angeeignet und in einer unsinnigen Aufblähung des Produktionsapparates angelegt haben, zu Gunsten einer Steigerung der Konsumkraft der Massen wieder herauszurücken. Das kann vielleicht noch durch radikale Maßnahmen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung geschehen, durch Maßnahmen wie Abbau der Kartellpreise, Enteignung von Großgrundbesitz und Siedlung. Das kann andererseits durch die weitgehende Maßnahme der Abschaffung aller Monopole (Sozialismus) geschehen. Wird weder der kapitalistische noch der sozialistische Weg zur Krisenbehebung beschritten, so muß sich die Krise bis zu einer Katastrophe verschärfen, die den Untergang in die Barbarei bedeutet, vollzogen etwa in den Formen eines imperialistischen Krieges.

Vor die Entscheidung, welchen dieser drei Wege er gehen will, ist jeder leitende Staatsmann heute gestellt.

Konkreter: BRÜNING hatte zu wählen, ob er

1. eine entschlossene und vom Standpunkt der Kapitalistenklasse weitsehende Politik betreiben wollte, ohne davor zurückzuschrecken, im Interesse der Erhaltung der Kapitalistenklasse einzelne Kapitalisten über die Klinge springen zu lassen. Oder ob er

2. gestützt auf die Organisationen der Arbeiterklasse, eine arbeiterfreundliche Politik betreiben wollte. Oder ob er

3. mit den Sachwaltern des Rückfalls in die Barbarei, mit den Organisatoren des Krieges und Bürgerkrieges, gemeinsame Sache machen wollte.

BRÜNING hat versucht, dieser Entscheidung auszuweichen; und daran ist er gescheitert. Er entschied sich nicht, mit wem er gehen wollte. Er hat weder eine Politik gemacht, die den Kapitalisten rücksichtslos genug war, noch hat er eine Arbeiterpolitik getrieben. Er hat weder den Versailler Vertrag „zerrissen“, noch eine ordentliche Politik internationaler Verständigung verfolgt. So wanderte er immer zwischen zwei Welten, war den Agrariern zu „bolschewistisch“, und den Sozialisten zu reaktionär; den Generälen zu „schlapp“, und den Anhängern der Verständigung zu taktlos — bis er schließlich auch das Vertrauen des Mannes verlor, der seinerseits weiß, zu welcher Klasse er gehört, und wie er zu den Fragen des Krieges und der Völkerverständigung steht, und dessen „geschichtlicher Person“ zu dienen, BRÜNING noch vor wenigen Wochen öffentlich als sein Glück und seine Hoffnung bezeichnete.

Die ökonomische Folge jenes Ausweichens vor der Entscheidung war die, daß seitens der Regierung nichts geschah. (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Hindenburg empfängt die Parteivorsitzenden. KPD wird nicht empfangen!

W—er. Der Rücktritt BRÜNING'S hat natürlich wie ein Stoß in einen Ameisenhaufen gewirkt: Ein geschäftiges Hin- und Herlaufen der sogenannten Führer von Parteien und anderen Gruppen hat begonnen, mit jener Wichtigtuerei, die Ahnungslosen den Eindruck vortäuschen soll, daß diese Leute bei der Gestaltung der politischen Wirklichkeit mehr zu tun haben als eine Fassade zu liefern. In der Tat haben die näheren Umstände des Kanzlersturzes gezeigt, daß von HINDENBURG an bis zum Präsidenten des Reichstages sie alle nur dazu da sind, den Willen der Junker und höheren Offiziere zu erfüllen. Der alte frohe Witz der ostelbischen Krautbauern: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut!“, gilt noch immer, auch wenn in die preußische Verfassung inzwischen einige Redensarten von Demokratie und Volksrechten hineingeraten sind und das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, freie, gleiche, geheime, direkte und sonst wie gekennzeichnete Wahlrecht abgelöst worden ist. Mögen die drei Klassen beim Wahlrecht inzwischen verschwunden sein, — in der übrigen Wirklichkeit, mit deren Gestaltung das Wahlrecht wenig zu tun hat, ist es bei den beiden Klassen geblieben, die es innerhalb der aufgeschriebenen menschlichen Geschichte immer gegeben hat.

Die jüngste Entwicklung hat aber mehr gezeigt: Sie hat gezeigt, daß es eine Auflösung des Klassengegensatzes nicht gibt, solange die Klassen bestehen; das unnatürliche Liebesverhältnis der sozialdemokratischen Partei mit dem

sozialistischen Ziel zu dem katholisch-linksbürgerlichen Mittel- und Arbeiterstand um BRÜNING mußte ein Fiasko werden und ist es auch geworden.

Die Arbeiterschaft steht am Scheidewege.

Nach rechts geht der Weg zur Diktatur von SCHLEICHER, HITLER, GESSLER und vielleicht noch wüsteren Repräsentanten der Barbarei. Nach links geht der Weg in den Sozialismus. Geradeaus führt der Holzweg in die „Volksgemeinschaft“.

Der Weg nach links ist allerdings schon lange offen; daß er nicht beschritten worden ist, lag nicht an ihm. Es fehlte an einer herzhaften Entschloßung der Arbeiterführer, Parteidoktrinen und parteigeoistische Wünsche zurückzustellen und in kameradschaftlicher Weise mit allen Menschen, die den Sozialismus wirklich wollen, zu versuchen, trotz aller im einzelnen möglichen und berechtigten Meinungsverschiedenheiten im Kampf gegen die andere Klasse zusammenzustehen. Die KP sogar redet von einem „Tempoverlust im Kampf gegen den Faschismus“ — es ist sehr wohl möglich, daß nie außer dem „Tempo“ auch das Leben verliert. Das gleiche Schicksal kann der gesamten Arbeiterbewegung blühen; denn der Weg nach rechts wird für die Reaktionen nur frei über den Leichnam der Arbeiterbewegung hinweg.

Wenig tröstlich an der heutigen Situation ist, daß der Mord an der Arbeiterbewegung zum großen Teil ein Selbstmord ist. Für das Versinken in die Barbarei ist dieser Umstand völlig gleichgültig.

Leon Blum zur Regierungsbeteiligung.

Wie sage ich es meinem Wähler?

Der Kongreß der französischen sozialistischen Partei setzte am Montag seine Beratungen über die Regierungsbeteiligung fort. Dem Wortlaut nach sprach sich die große Mehrzahl der Redner für eine Teilnahme an der Regierung aus, aber die Bedingungen, an die sie die Zusage der Mitarbeit knüpften, ließ den Wert ihrer Bereitschaftserklärungen sehr zweifelhaft erscheinen.

Die stärkste Teilnahme fand die Rede LEON BLUMS, der am Abend die Diskussion abschloß. Er begann damit, daß er die Forderung, unter allen Umständen an der Regierung teilzunehmen, ablehne. Das Wahlergebnis sei, trotz der erzielten Fortschritte, hinter den berechtigten Hoffnungen der Sozialisten zurückgeblieben. Die Sozialisten hätten darauf rechnen können, als die stärkste Fraktion in die neue Kammer einzuziehen. Dann hätte die Partei die Führung der Staatsgeschäfte gefordert. Die meisten Bezirksverbände hätten sich nach dem nun erzielten Wahlergebnis dafür ausgesprochen, die Beteiligung nicht von vornherein abzulehnen. Die Beteiligung entspreche offenbar den Wünschen der Wähler und werde auch vom Ausland erwartet.

Aber — und nun rückte Blum mit seinen Bedingungen heraus, die, wie er betont, eine Aenderung der Politik in innen- und außenpolitischer Hinsicht fordern.

BLUM verlangt Abrüstung, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Nationalisierung der Versicherungsgesellschaften, Einführung des Verhältniswahlsystems, der Vierzigstundenwoche.

Alle diese Bedingungen, so führt er aus, müßten so formuliert werden, daß sie von den Radikalen angenommen werden können und sogar müssen. (Großer Beifall)

Wie BLUM diese Forderungen, die von führenden Radikalsozialisten schon als unannehmbar bezeichnet worden sind, durch bloße Formulierungskünste unwiderstehlich machen will, bleibt allerdings sein Geheimnis.

Zu den Verhandlungen mit den Radikalsozialisten sagte BLUM, daß ein besonderes Angebot von seiten der Sozialisten nicht nötig sei. Die radikale Partei werde ja ohne besondere Mitteilung das Regierungsprogramm der Sozialisten, das am Dienstag durch den Kongreß angenommen werden sollte, zur Kenntnis nehmen und könne sich dann in ihrem am Dienstag abend tagenden Exekutiv Ausschuß dazu äußern. Die Sozialisten würden sich auf Verhandlungen nur einlassen, wenn die Radikalsozialisten höchstens zu nebensächlichen Punkten des sozialistischen Programms

Abänderungsvorschläge vorbringen würden. Ueber den Rahmen des ganzen Programms werde BLUM nicht mit sich verhandeln lassen, ebenso würde er sich nicht durch allgemeine Vertröstungen, man werde sich noch verständigen, hinhalten lassen.

Nach diesen Erklärungen, die wieder mit großem Beifall aufgenommen wurden, warf RENAUDEL, ein ernsthafter Anhänger der Beteiligungspartei, gereizt ein, BLUM könne ebenso gut die Beteiligung an der Regierung sofort ablehnen; seine Vorschläge kämen doch darauf hinaus.

Diese Lüftung der Maske quittierten die Kongreßteilnehmer mit lebhaftem Widerspruch.

Daß RENAUDEL recht hat mit seinem Protest, liegt auf der Hand. Nicht einmal die Redaktion des „Vorwärts“, der offenbar dringend die Regierungsbeteiligung seiner Bruderpartei wünscht, kann vertuschen, daß LEON BLUM und mit ihm die Parteimehrheit die Regierungsbeteiligung nicht will.

Das Theater, das trotz dieser offensichtlichen Abneigung auf dem Kongreß gespielt worden ist, um — den Wählern und dem Ausland zuliebe — Regierungsbereitschaft vorzutäuschen, ist um so beschämender, als die Ablehnung der Regierungsteilnahme einem politisch völlig richtigen Urteil entspringt. Selbst wenn HERRIOT — was er nicht tun wird — sich auf die sozialistischen Forderungen, vor allem die der Abrüstung einlassen würde, so hätte eine Regierung HERRIOT-BLUM nicht die Macht, diese Forderungen durchzusetzen. Die Kapitalisten sind noch da und werden sich nicht an das Programm der Regierung halten. Und sie werden zu dem in der politischen Entwicklung Deutschlands die hinreichenden Argumente finden, die Forderungen der Sozialisten als staatsgefährlich zu brandmarken. Für BLUM käme es voraussichtlich darauf hinaus, daß er unter Verletzungen der Satzung seiner Partei, die alle Rüstungsausgaben verbietet, eine kapitalistische und nationalistische Politik mit seinem Namen decken würde.

Solchen Gründen wäre die französische Arbeiterschaft gewiß zugänglich gewesen. Statt dessen redet man ihr etwas vor — um keine Wähler zu verlieren. Daß man auf diese Weise leicht viele Wähler verlieren kann, ist klar: Man enttäuscht die linken SP-Wähler, weil man überhaupt — wenn auch nur mit Worten — bereit ist, in die Regierung zu gehen; und man enttäuscht die rechten SP-Wähler, weil man HERRIOT unannehmbar Bedingungen stellt.

Devaheim-Prozeß.

Pastor Cremer sorgt für seine wertvolle Lebenskraft — um sie dem Konzern zu erhalten.

Im Devaheim-Prozeß wurden am Sonnabend mehrere Zeugen über die Lebenshaltung Pastor CREMERS gehört. Der Kraftwagenführer, der jahrelang Pastor CREMER auf seinen Reisen begleitet hat, bekundete, daß Pastor CREMER durchaus kein luxuriöses Leben geführt habe. Polizeihauptmann FIEDLER, ein Sachverständiger für Verkehrsangelegenheiten, teilte dem Gericht mit, daß ihm die hohen Reparaturkosten bei den Spesenrechnungen Pastor CREMERS aufgefallen seien. Der Beisitzer, Landgerichtsrat Dr. SIMON, hielt darauf Pastor CREMER vor, daß er doch ein Jahreseinkommen von 28 000 M gehabt und außerdem noch auf Reisen täglich Spesen von 40 M liquidiert hat. Da nach seinen eigenen Bekundungen und auch nach der Aussage seines Kraftwagenführers große Geldausgaben auf Reisen nicht vorgekommen seien, müsse er, der

Beisitzer, Pastor CREMER danach fragen, was er denn mit dem ganzen Geld gemacht habe. Pastor CREMER erklärte darauf, daß er auf Reisen zwar keinen Luxus getrieben, aber sich alle Erleichterungen verschafft habe, um seine Lebenskraft der Arbeit für den Konzern zu erhalten.

Dem Konzern wäre es sicher besser gegangen, wenn Pastor CREMER sich um seine Lebenskraft weniger bemüht hätte. Dann hätte der Konzern unmittelbar Geld gespart, und selbst wenn CREMER etwas an Lebenskraft verloren hätte, wäre das dem Konzern zugute gekommen; der Herr Pastor hätte dann weniger geschickt betrügen können, als ihm dies auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit gelang.

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

Lohn:tarif unverändert verlängert.

Essen, 30. Mai.

In dem Lohn- und Manteltarifstreit im Ruhrbergbau fällt am Montag nach kurzer Verhandlung der Schlichter Professor Brahn einen Schiedsspruch, durch den die Lohnordnung um zwei Monate verlängert wird.

Ueber die im laufenden Manteltarifvertrag geregelte Arbeitszeit soll erst verhandelt werden, wenn über das Mehrarbeitsabkommen, das zum 30. September dieses Jahres erstmalig kündbar ist, verhandelt wird. Der Manteltarif läuft mit einigen Änderungen in der Urlaubsfrage bis zum 31. März 1933. Die Nachverhandlungen finden am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium in Berlin statt.

Aus den Erläuterungen des Schlichters

ist folgendes interessant: Eine wesentliche Rolle bei den Verhandlungen spielte der Antrag des Zechenverbandes, den Tariflohn herabzusetzen. Der Zechenverband wollte sich jedoch verpflichten, daß nur ein Teil der Belegschaft von diesem Abzug betroffen werden sollte, während der übrige größere Teil durch übertarifliche Löhne den alten Lohn erhalten sollte. Der Abzug sollte nach dem Antrag des Zechenverbandes im Durchschnitt über eine gewisse Höhe nicht hinausgehen dürfen. Da aber der Lohn des Arbeiters durch eine solche Regelung einseitig vom Arbeitgeber zu bestimmen gewesen wäre, hätte ein klagbarer Anspruch des einzelnen Arbeiters auf einen bestimmten Lohn nicht bestanden. Dieser Anspruch ist aber der Kern des Tarifrechts. Es sei ihm, dem Schlichter, daher bedenklich erschienen, eine so weitgehende Änderung, ja Unterhöhlung des Tarifrechts vorzunehmen, zumal eine so grundsätzliche Änderung wohl eher Sache der Gesetzgebung wäre.

Damit ist erneut gezeigt, wie sehr heute bereits das Tarifrecht erschüttert ist und von dem Belieben der Schlichter abhängig, weil von Regierungsseite ein Schutz des Tarifrechts nicht mehr besteht.

Die Opel-Werke bauen ab.

x Rüsselsheim, 30. Mai.

Die Opel-Werke haben sämtlichen Angestellten in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß vom 1. Juni 1932 ab eine weitere Gehaltskürzung um 5 bis 10 Prozent eintritt. Die vom Angestelltenrat gebilligte Maßnahme, die auf die Absatzstockung der Opel-Erzeugnisse zurückzuführen ist, mußte ergriffen werden, um einer Entlassung von über 200 Angestellten vorzubeugen. Die regelmäßige Arbeitszeit der Angestellten ist auf 35 Stunden wöchentlich und sieben Stunden pro Arbeits-

tag herabgesetzt worden. Für die in den Erzeugungsbetrieben beschäftigten Arbeiter wird bis auf weiteres eine wöchentlich zweitägige Kurzarbeit eingeführt (16 Stunden). Es soll dadurch die Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitern vermieden werden. Die Urlaubszeit der Arbeiter ist um ein Drittel gekürzt worden.

Diese lakonische Meldung zeigt nur, daß die Grenze dessen, was sich abbauen läßt, bald erreicht ist. Sehr viel unter 16 Stunden läßt sich die Arbeitszeit wirklich nicht mehr herunterdrücken. Ob sich der Angestelltenrat, der die „Maßnahme gebilligt“ hat, darüber klar ist, daß durch solche Zustimmungen auf die Dauer einer Entlassung von Angestellten doch nicht vorgebeugt werden kann, ist fraglich. Aber wer denkt heute überhaupt noch bei einer vorgeschlagenen Maßnahme über die unmittelbar bevorstehende Zeit hinaus?

Oberschlesische Bergarbeiter vor neuem Lohnabbau.

e Gleiwitz, 30. Mai.

Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat die Lohnabnahme für Steinkohlen- und Erzbau für Ende Juni gekündigt. Nach dieser Kündigung soll eine Änderung des Lohnaufbaus für die Uebertagearbeiter erreicht werden.

Arbeitslosigkeit unverändert.

L Frankfurt a. M., 30. Mai.

Am 30. April waren in Frankfurt 85 295 Arbeitsuchende gemeldet. Bis zum 15. Mai kamen 5225 Arbeitsuchende hinzu und sind 5299 Arbeitsuchende abgegangen, so daß es am 15. Mai noch 85 211 Arbeitsuchende gab. Unter den Abgängen befanden sich 485 Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, welche durch Vermittlung des Städtischen Fürsorgeamts Arbeit vermittelt erhielten. Auf Groß-Frankfurt entfallen 66 780, und zwar 48 623 männliche und 18 157 weibliche Arbeitsuchende Unterstützung erhielten im gesamten Arbeitsamtsbezirk aus der Arbeitslosenversicherung 13 698, aus der Krisenfürsorge 21 319, insgesamt 35 017 Personen.

Der Feind, den wir am tiefsten hassen

Ich komme mittags durch eine Arbeiterstraße. Viele SP- und KP-Mitglieder wohnen dort, wenig Nazis. Aus den geöffneten Fenstern tönt Radio-Musik. An jedem Fenster höre ich im Vorbeigehen ein Stück aus dem Programm des Hamburger Senders. Was hören sich die Arbeiter an? Aus dem

ersten Fenster ertönen die Klänge des friederizianischen Hohenfriedberger Marsches. Am zweiten Fenster höre ich die Fortsetzung desselben Militärmarsches. Bis ich zum dritten Fenster komme, ist die Kapelle bei „Deutschland, Deutschland, über alles!“ angekommen. Am letzten Fenster erreicht mich das Trompetengetöse des Preußenliedes „Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein!“

Warum hantiert die Arbeiterfrau ruhig weiter mit ihren Töpfen; warum schaltet sie den Radioapparat nicht aus während des nationalistischen Traras?

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 31. Mai.

Königsberg:

20.35 BEETHOVENS Klavierkonzerte (Op. 73 in Es-dur).

Langenberg:

19.30 Prof. RICHTER: Diamanten, Platin und andere Bodenschätze in der Union von Südafrika.

Mühlacker und die meisten deutschen Sender:

12.00 Eröffnungsfeier der 88. Wander-Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. (Aus Mannheim.)

München:

18.30 Prälat SCHARNAGL: Das Pontifikat Papst Pius XI.

Mittwoch, den 1. Juni.

Berlin:

15.20 Prof. REICHENBACH: Aus dem Kälte-Laboratorium der Physikalisch-technischen Reichsanstalt Charlottenburg.

Königs wusterhausen:

17.30 Dr. LEUTWEIN: Deutsche Kolonialbetätigung im Urteil des Auslandes.

22.20 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Langenberg:

19.30. H. MÜLLER: Muß man Wohlfahrts-Unterstützung zurückzahlen?

Leipzig:

21.15 Hörspiel von SCHIROKAUER: „Zweimal WALLENSTEIN“.

Mühlacker:

18.50 F. H. HANSEN: Die Wirtschaft in Elsaß-Lothringen nach dem Krieg.

Wien:

18.55 A. POLLAK: Ist das Ende der Rationalisierung erreicht?

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer	
Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.	

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon; Sammelr. F 1 Moritzplatz 3471

druckt

Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdruksachen

Bücher

v. 15 Pf. an. Liste versendet franko. Lagerkarte 98, Hamburg 1.

Das Haus der guten Schule H. Ebel

Berlin N. 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 87/88 Telefon: D 6 Wedding 2358 Bei Vorzegl. d. Inserates 5 % Rabatt!

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann.

Hamburg / Barcostraße 8. Telefon: 25 53 42.

MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetable Margarine) garantiert reine Nuß-Fette Sonder-Angebot:

Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus

Ernst Held, Magdeburg

Otto v. Guerickestraße 104.

Robert Poppmüller

B ü t t i n g e n

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

„Werdet nicht der Menschen Knechte; — laßt euer Recht nicht ungeahndet mit Füßen treten.“

IMMANUEL KANT.

Mit dem Verbot der kommunistischen Freidenker beginnt die Kirche ihren Generalangriff auf die Kulturorganisationen des Proletariats.

Gebot der Stunde ist es, die Grundlagen des geistigen Unabhängigkeitskampfes zu festigen, um statt der Devensive die Offensive zu übernehmen.

Lest die Schriften, die zum Rüstzeug des Kulturkampfes gehören:

Lehrer wacht auf!

32 Seiten 0,25 M.

Rettet die Kinder!

32 Seiten 0,50 M.

Erziehung zum Knechtsgeist.

Enthalten in „Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen.“ Von LEONARD NELSON. Broschiert 3.— M. Ganzleinen 4,10 M.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Postcheckkonto: Berlin 313 42.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:

Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H. Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Die Gewerkschaften reden und schreiben.

Der ADGB und der Afa-Bund haben am Sonnabend wieder eine Erklärung zu den Abbauplänen der Reichsregierung veröffentlicht.

Darin werden zunächst die bisher von den Gewerkschaften gegen die Absichten der Regierung unternommenen Schritte folgendermaßen geschildert:

„In der Besprechung der Gewerkschaften am 18. d. Mts. mit der Reichsregierung hatten sie bereits die Notwendigkeit betont, die Arbeitslosenversicherung ihrer Art und ihrem Umfang nach zu erhalten und insbesondere vor den Plänen gewarnt, eine Bedürftigkeitsprüfung einzuführen oder die Leistungen nach Höhe oder Dauer herabzusetzen. Sie hatten ferner die Zusammenlegung von Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung empfohlen, gegen die drohenden neuen Verschlechterungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung Verwahrung eingelegt, wie sie sich überhaupt gegen jeden Abbau der Sozialversicherung wehren. Mit größter Eindringlichkeit hatten sie dagegen die alsbaldige Einleitung einer umfassenden Arbeitsbeschaffung als das einzige Mittel gefordert, um der gegenwärtigen Not erfolgreich zu begegnen.“

Die Gewerkschaften erinnern daran, daß die Regierung ihnen am 18. Mai versprochen hatte, die beabsichtigte Prämienanleihe alsbald aufzulegen.

„Dieses Versprechen ist bisher nicht erfüllt worden. Da über die Sanierung des Sozialstats und der Gemeinden vom Kabinett noch nicht entschieden worden ist, fordern die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes die Regierung nochmals auf, den gewerkschaftlichen Warnungen Rechnung zu tragen und insbesondere die Arbeitsbeschaffungsanleihe unverzüglich aufzulegen.“

Die Erklärung fährt dann fort:
„Inzwischen hat die Presse über die Absicht der Regierung berichtet, eine Beschäftigtensteuer einzuführen. Die Gewerkschaften halten es für eine selbstverständliche Pflicht aller diejenigen, denen genügend Einkommen und Besitz vergönnt ist, einen angemessenen Beitrag für ihre arbeitslosen Volksgenossen zu leisten. Aber sie warnen vor allen Plänen, eine unsoziale Trennung der Einkommen je nach ihrer Herkunft vorzunehmen, wie es bereits bei der Einführung der Krisensteuer geschah. Sie lehnen insbesondere den Gedanken ab, eine Beschäftigtensteuer allen Arbeitnehmern ohne Rücksicht auf eine untere wirtschaftlich tragbare Grenze des Arbeitseinkommens aufzuerlegen.“

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen muß ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen am Besitz und Einkommen erhoben werden.

Die Gewerkschaften haben die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Arbeit durch die Einführung der 40-Stunden-Woche gefordert.

Sie lehnen weiterhin jegliche neue Belastung der Arbeitslosen durch Kürzung ihrer Versorgung ab und verlangen eine umfassende Arbeitsbeschaffung.

„die Erwerbslosen aus der Hoffnungslosigkeit ihres Daseins zu befreien.“

H. Dieser Verlautbarung ist nicht anzumerken, daß trotz aller gewerkschaftlichen Betonens, Warnens, Verwahrung-Einlegens und Förderns vor einigen Tagen STEGERWALD seine tolle Rede gehalten hat. Wir erinnern an das, was STEGERWALD ankündigte: Abbau der Leistungen in der Sozialversicherung; „Überantwortung“ der Sozialversicherung an die Versicherten; Vertagung der Arbeitszeitverkürzung „wenigstens bis nach Lausanne“. Er gab zu verstehen, daß er vom Einstellungszwang nichts halte, da „der Arbeitgeber wenige Tage nach Einführung des Einstellungszwanges wieder beliebig viele Arbeitskräfte entlassen könne mit dem Hinweis, daß er für sie keine Beschäftigung habe“. (Welch ein Tip an die Adresse der Unternehmer!)

Von all dem nimmt die neue Erklärung der Gewerkschaften nicht Notiz. Statt dessen die lediglich historische Feststellung: „Die Gewerkschaften haben die 40-Stunden-Woche gefordert.“

Das wird Herrn STEGERWALD nicht unbekannt geblieben sein — wie es ihm nicht unbekannt geblieben ist, daß die Gewerkschaften durch keinen Kampf ihrer Forderung Nachdruck verliehen haben. Und diese Kenntnis bestimmt die Entschlüsse STEGERWALDS ungleich mehr als die Kenntnis der Tatsache, daß die Gewerkschaften irgend etwas fordern.

Trotz aller Nackenschläge, die den Gewerkschaften in den letzten Jahren von den Unternehmern unter tätiger Mitwirkung STEGERWALDS versetzt worden sind, bleiben sie bei ihrer Politik des Anmeldens von Wünschen und des Hinnehmens von Nackenschlägen; der Politik, die in der vorliegenden Erklärung ebenso kraß zum Ausdruck kommt, wie GRASSMANN selber sie neulich im Reichstag gekennzeichnet hat: die Gewerkschaften — so sagte er — hätten „seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gehöhrt, gemahnt und gefordert, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst“. NELSON hat diese Politik treffend gekennzeichnet in seiner Kennzeichnung des Reformismus: „sich dem Wohlwollen des Regenten zu empfehlen“.

Was dieser Politik zugrunde liegt, ist bestenfalls der verhängnisvolle Irrtum der Theorie des angeblich kleineren Übels: wenn wir STEGERWALD und BRÜNING Schwierigkeiten machen, dann können sie sich nicht mehr halten, und HITLER wird kommen!

Die Kommunisten und die Einheitsfront.

Zum Protest gegen das Verbot der Freidenker-Organisationen.

Uns liegen Berichte vor über Protest-Versammlungen gegen das Verbot der kommunistischen Freidenker-Organisationen, und zwar aus Bochum, Hamburg und Bremen. In allen drei Versammlungen wurde die Ueberzeugung vertreten, daß das Verbot der kommunistischen Freidenker-Organisationen nur eine Episode darstelle auf dem Weg des Kampfes der Kulturreaktion gegen die gesamte Freidenker-Bewegung. Es wurden in allen drei Veranstaltungen Resolutionen angenommen, in denen dieser Protest eindeutig zum Ausdruck kam und in denen noch schärfer, als dies durch die Leitung des Deutschen Freidenker-Verbandes geschehen war, die Solidarität aller Freidenker mit den verbotenen Organisationen ausgedrückt wurde.

Am ehesten benahmen sich gegenüber diesen Veranstaltungen bei weitem die Kommunisten selber.

In allen drei Fällen stürten sie entweder bereits in der Versammlung oder vereitelten nachträglich die Bemühungen der Genossen um die Einheit der Freidenker-Bewegung, indem sie in ihren Zeitungen eine unbeherrschte Schimpfkampagne gegen die „SIEVERS-Bonzokratie“ eröffneten.

Die kommunistischen Genossen dürfen sich nicht wundern, wenn der bescheidene Rest an Achtung, den ihre Führung und deren Taten in den Reihen des deutschen Proletariats noch genießen, schließlich ganz zum Teufel geht. Wir wollen hier davon absehen, wie weit die Handlungen der kommunistischen Parteiführung durch politische Unfähigkeit und wie weit durch gesinnungsmäßige Unsolidität hervorgerufen worden sind. — Mögen die kommunistischen Parteiführer sich noch so Gutes bei ihren Aktionen vorstellen,

ganz darf man schließlich auf das Denken auch nicht verzichten.

Wir stehen wirklich in einer so entscheidenden Stunde, daß die Arbeiterschaft es sich verbitten muß, durch die

Daß in dieser Theorie etwas nicht stimmt, zeigt sich schon daran, daß sie sich zur Verteidigung der Tolerierung jedes noch so großen Übels anwenden ließe, zum Beispiel des Übels HITLER, das gegenwärtig noch Gegenstand der Verhinderung ist: wenn wir dem (reformistischen) HITLER Schwierigkeiten machen, dann kommt der (wilde) STRASSER! Und so fort; denn zu jedem Übel, mag es auch noch so groß sein, gibt es ein größeres.

Der Fehler dieser bequemen Theorie liegt in der Voraussetzung, daß die Beseitigung eines Übels (in unserem Falle: STEGERWALDS) das Erscheinen eines größeren Übels zur Folge hat. Das ist aber keineswegs ausgemacht. Wenn die Arbeiterschaft sich die Zumutungen STEGERWALDS nicht bieten läßt, so ist damit keineswegs gesagt, daß HITLER an die Macht kommt. Vielleicht wird vielmehr STEGERWALD zur Vernunft gebracht, und wenn nicht dies, dann wenigstens in Furcht; es sieht so aus, als wenn diese Eigenschaft dem nicht fern liegt. Den Kapitalisten gegenüber kuschelt er ja auch fortwährend. Das alles hängt davon ab, wieviel Kampfkraft die Arbeiterschaft aufbietet, von nichts anderem.

Es kommt also darauf an, daß die organisierte Arbeiterschaft wieder Kampfkraft aufbietet. Wir beschränken uns nicht darauf, diese Forderung dem Wohlwollen der gegenwärtigen Regenten der Gewerkschaften zu empfehlen. Vielmehr empfehlen wir diese Forderung dem Wohlwollen aller der Genossen, die dem Abrutschen auf der Bahn des Nachgebens Einhalt gebieten wollen. Dazu gehören insbesondere Tausende kommunistischer Genossen, die abseits von den Gewerkschaften — der RGO oder irgendeiner — stehen, die aber dadurch, daß sie wieder in sie hineingehen und eine im Sinne der gewerkschaftlichen Aufgaben vorbildliche Arbeit leisten, den Gewerkschaften einen bedeutenden Zustrom an Schlagkraft bringen können.

tönenden Phrasen eines unverantwortlichen Zentral-Komitees oder noch unverantwortlicher Unterbezirksleiter der geschlossenen Front des Bürgertums gegenüber denunziert zu werden. Wenn diese Genossen nicht selber aus der Erfahrung lernen können, so müssen wir an die „einfachen Arbeiter“ appellieren, ihren Bonzen energisch auf den Mund zu schlagen.

Unverschämtheit einer SP-Fraktion.

H. Lm. In Frankfurt (Main) fand man kürzlich auf Gewerkschaftsbüros und als Beilage zu Gewerkschaftszeitungen eine Drucksache der sozialdemokratischen „Volksstimme“. Diese Drucksache sollte die Leser veranlassen, bei ihren Lieferanten an die Inertion in der „Volksstimme“ zu erinnern. Am Schlusse dieser Aufforderung heißt es:

„Mit dieser kleinen Gefälligkeit leisten Sie der Partei und der ‚Volksstimme‘ einen ganz außerordentlichen Dienst. Wir zeigen damit die ‚Volksstimme‘-Leser sind eine Macht, und nur, wer in der ‚Volksstimme‘ inseriert, kann auf Kundenschaft aus unseren Parteikreisen rechnen.“

Halten Sie bitte auch in dieser kleinen Sache Parteidisziplin.

SPD, Freie Gewerkschaften und ‚Volksstimme‘.

Wir wissen nicht, ob diese Drucksache mit Einverständnis des Ortsausschusses des ADGB hergestellt wurde. Auf jeden Fall ist es ein unerhörter Bruch der gewerkschaftlichen Neutralität und eine Frechheit der SPD-Fraktion in den Frankfurter Gewerkschaften.

Die ruinierten Gemeinden. Die Arbeitslosen sind die Opfer.

ei Schwerin, 29. Mai.
Die finanzielle Lage der Stadt Schönberg (Mecklenburg-Strelitz) hat sich so zugespitzt, daß beim Wohlfahrtsamt nur 50 Prozent der bisherigen Sätze ausgezahlt werden können. Der Grund dafür ist in der Kürzung der Mietsbeihilfe durch die Landesregierung zu suchen.

Der Kreisaußschuß des Kreises Königsberg Nm. legt dem Kreistag, der für den 29. Juni einberufen ist, einen Voranschlag vor, der eine Gesamtausgabe von 2 728 000 RM vorsieht, wovon für 681 000 M noch jede Deckung fehlt. 80 000 M dieses Fehlbetrages sind aus dem Vorjahre übernommen.

r Schönberg (Neumark), 29. Mai.

Durch Aushang gibt der Schönberger Gemeindevorstand bekannt, daß wegen der schwierigen Finanzlage der Gemeinde die weitere Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung eingestellt werden müßte.

Kommunistenverhaftungen.

q Hamburg, 30. Mai.
Die Polizeibehörde teilt mit: Am gestrigen Sonntag wurden 28 der KPD angehörige Personen festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, die Bildung einer Ersatzorganisation für den aufgelösten und verbotenen Roten Frontkämpfer-Bund versucht zu haben. Die Festgenommenen sind dem Gericht zugeführt worden. Nähere Einzelheiten können zur Zeit aus kriminalpolizeilichen Gründen nicht mitgeteilt werden.

Wir wünschen, die Hamburger Polizei, deren Präsident ein Sozialdemokrat ist, würde sich um die Nachforschung nach geheimen nationalsozialistischen Formationen ebenso verdient machen, wie um die nach dem Roten Frontkämpfer-Bund, von dem ohnehin jeder weiß, daß er, wenn er überhaupt besteht, nicht den hunderten Teil dessen ausmacht, was die ehemalige SA und ihre nationalsozialistischen Nebenorganisationen darstellen.

Zurück zum Mittelalter!

S. A. Durch königlichen Erlaß sind für die holländischen Gefängnisse verschiedene neue Bestimmungen erlassen worden. Durch diese Bestimmungen wird die Prügelstrafe wieder eingeführt. — In Niederländisch-Indien sind erst vor kurzem die „Punale Sanktionen“, d. h. die Prügelstrafe, abgeschafft worden. In Holland selber betrachtet man es als notwendig, sie wieder einzuführen und damit zu beweisen, daß wir uns auf allen Gebieten zum Mittelalter zurückbewegen.

Das Echo des Kabinettssturzes.

In Deutschland:

Das Zentralkomitee der KPD „wendet sich an die Anhänger der Sozialdemokratie, die auf Grund der Ereignisse selbst die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß der Weg ihrer Führer, die Politik des Betrugs mit dem „Kleineren Übel“, der Arbeiterklasse den schwersten Schaden gebracht hat“, mit der üblichen Aufforderung zum Anschluß an die Rote Einheitsfront und an die neue Antifaschistische Aktion.

Der „Vorwärts“ meint: „Höchst unüberlegt wäre auch der Vorwurf: ‚Ja, warum habt ihr HINDENBURG gewählt, der jetzt doch nach rechts steuert?‘ Auf diese Frage wärmt er die alte Lüge aus dem Präsidentenwahlkampf auf: ‚Wie die Dinge lagen, gab es eben nur die Wahl entweder HITLER oder HINDENBURG siegen zu lassen, und vor diese Wahl gestellt, müßte die Sozialdemokratie auch heute noch genau so entscheiden, wie sie damals entschieden hat.“

Auf die Frage: Was tun? weiß der „Vorwärts“ nichts mitzuteilen als: „Was not tut, ist Kaltblütigkeit und Zuversicht, trotz klarster Erkenntnis der drohenden Gefahren, ist Entschlossenheit zum Einsatz aller Kräfte, ist Einigkeit und nochmals Einigkeit!“

Die „Germania“ meint: „Der Weg, den BRÜNING gewiesen hat, ist der Weg, den jede andere Regierung gehen muß, wenn sie unser Land nicht einer unabsehbaren Katastrophe aussetzen will.“

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“: Das Kapitel BRÜNING sei in der deutschen Geschichte noch nicht zu Ende geschrieben.“

„Der Tag“ fordert „radikalen Kurswechsel“.

GOEBBELS forderte in einer Berliner Versammlung: 1. Reichstagsauflösung. 2. Aufhebung aller einschränkenden, die Presse knebelnden Notverordnungen und des SA-Verbots. 3. Aufhebung des Demonstrationsverbots. 4. Den NS solle im Wahlkampf der Rundfunk zur Verfügung gestellt werden.

In Frankreich:

Die französische Presse äußert sich zum Sturz BRÜNINGS sehr zurückhaltend. Nur auf der äußersten Rechten werden

die Vorgänge in Deutschland ausgenutzt, um auf die Regierungsbildung HERRIOTS einen Druck auszuüben. HERRIOT wird vor einem Zusammengehen mit den Sozialisten und vor jeder „pazifistischen Politik“, die Deutschland Zugeständnisse mache, gewarnt. Schon der „Temps“, das reaktionäre Blatt der bisherigen Regierung ist ziemlich ruhig und stellt nur lakonisch fest, daß weder der Reichskanzler, noch das Zentrum noch die übrigen Wähler HINDENBURGS etwas von dieser Wiederwahl gehabt hätten. Die Militärkamarilla habe doch gesiegt.

Die HERRIOT nahestehende Zeitung „Ere Nouvelle“ meint, man habe von dem achtzigjährigen General HINDENBURG nicht erwarten können, daß er der Demokratie zuliebe seine Vergangenheit vergessen würde. Die Politik von Weimar sei nun endgültig vorbei. Die Lage habe den Vorzug der Klarheit.

In England:

Nach der Meldung vom Rücktritt der deutschen Regierung hat MACDONALD sich sofort telefonisch mit seinen Kabinettskollegen in Verbindung gesetzt. Für Mittwoch ist eine Kabinettsitzung angesetzt worden, auf der die Rückwirkungen, die der Rücktritt BRÜNINGS für die Lausanner Konferenz haben könnte, besprochen werden sollen. In zuständigen Kreisen wird die Meinung vertreten, daß die Lausanner Konferenz unbedingt am 16. Juni beginnen solle.

Die gleiche geheime Sorge, daß die Lausanner Konferenz durch die deutsche Regierungskrise gefährdet sei, geht durch die ganze englische Presse. Für die englischen Zeitungen ist diese Sorge offensichtlich das Hauptinteresse, das sie an der politischen Entwicklung in Deutschland nehmen.

In USA:

Auch in Amerika bringt man die Regierungskrise vor allem mit den Lausanner Fragen in Zusammenhang. Es wird allerdings die Meinung geäußert, daß eine radikale Aenderung der deutschen Außenpolitik nicht zu erwarten sei, da man annimmt, das selbst bei der Bildung einer nationalsozialistischen Regierung diese gezwungen sein werden, von ihrem bisher propagierten Radikalismus abzurücken.

Tauschwirtschaft allerorten.

Der Rückmarsch in die Urwirtschaft.

Nicht etwa von dem Tausch von Brief- oder Reklame- marken ist hier die Rede, wie er unter harmlosen Sammlern üblich ist, sondern von jenen Erscheinungen des Rückfalls in Zustände primitivster Urwirtschaft, die jetzt auf der ganzen Erde beobachtet werden können. Nicht nur im Verkehr mit dem Ausland werden diese Versuche des direkten gegenseitigen Warentausches gemacht, um auf diese Weise die Schwierigkeiten der Devisenbeschaffung und die Hemmungen der Devisenvorschriften für den Außenhandel zu umgehen, auch im Innenverkehr greift man schon auf diese Tauschmethoden zurück. Der Grund ist leicht einzusehen: es soll auf „bargeldlosem“ Wege zusätzliche Kaufkraft geschaffen und „eingefrorene“ Kaufkraft wieder flüssig gemacht werden.

Da werden Gemälde und Bildhauerarbeiten gegen frische Eier und saftigen Schinken, Musikstunden gegen Stiefelsohlen und Kinokarten, Zimmerarbeiten gegen Zahnbehandlungen, Gemüse gegen Rechtsauskünfte getauscht, u. s. w. u. s. w.

„Börse für geldlose Menschen.“

Wie spielt sich der Tauschverkehr heute ab, der durch die bekannten Pläne von LEDERER und LUTHER gewissermaßen in geregelte Bahnen gelenkt werden soll?

Nun, da wurde beispielsweise in Los Angeles (USA) eine „Börse für geldlose Menschen“ gegründet, die angeblich schon über tausend Mitglieder der verschiedensten Berufe hat. Die Gründerin, eine Frau MAYS-BALL, schreibt in der „New York Times“, wie sie zu ihrer Gründung kam. (Wir entnehmen den Bericht der Wochenzeitung „Erkenntnis und Befreiung“):

Ungefähr vor einem Jahr bekam ich eine Rechnung ins Haus für meine Tochter die im Pensionat war, und ich hatte nicht genug Bargeld, die Rechnung zu begleichen. Mein Besitz bestand damals lediglich in einigen Häusern und Kauläden; aber die Mieter haben in dieser Zeit der Geldnot selber mit Schwierigkeiten zu kämpfen, viele blieben mit der Miete im Rückstand, andere wieder zogen aus und ließen mir dann an Zahlungs statt einige alte Möbel da, ja ein Malermeister sogar eine ganze Portion Farbe, die nach seiner Aussage einen Wert von mehreren hundert Dollar darstellte, die ich aber nirgends zu Geld machen konnte. —

Frau MAYS-BALL ging daraufhin zu dem Direktor des Pensionats, in dem ihre Tochter war, und bat um Zahlungsaufschub. Der Direktor bedeutete ihr jedoch, daß er in ganz ähnlicher Lage sei, daß sehr viele mit dem Schulgeld im Rückstand seien, und daß ihm soeben der Maler, der die Schulzimmer gestrichen hatte, mit einer Klage gedroht habe. Da kam es „wie eine Eingebung“ über Frau MAYS-BALL:

Ich sagte dem Schuldirektor, daß ich die Sache mit dem Maler schon ins Reine bringen würde, wenn er mir die Rechnung geben wollte. So geschah es; die Sache ging viel leichter von statten, als ich mir gedacht hatte, und ich hatte das Vergnügen, daß nicht nur ich selber, sondern auch zwei andere Menschen mit den erreichten Resultaten voll und ganz zufrieden waren. Dieser Erfolg brachte mich auf die Idee, eine Genossenschaftsbörse für Menschen zu gründen, die mit denselben Schwierigkeiten zu tun hätten wie ich. Weder der Schuldirektor noch der Maler noch ich selber waren unbemittelte Leute; nur verfügten wir alle infolge der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht über die nötigen Barmittel, um unsere Wünsche zu befriedigen. So mußte es doch noch viele Zehntausende geben, die Dinge besaßen, mit denen sie nichts anzufangen wußten, während andere Zehntausende dieselben Dinge wünschten, ohne sie bezahlen zu können!

An Stelle des Mietzinses hatte ich unter anderem auch eine gute Nähmaschine bekommen, die ich aber nicht verkaufen konnte. Ich hatte in meinem Haushalt ziemlich viel Flickarbeit liegen, die sich im Laufe der Zeit angehäuft hatte, ohne daß ich dazugekommen wäre, sie aufarbeiten zu lassen, eben weil ich die Ausgabe scheute. Nun ließ ich in der Zeitung eine Anzeige erscheinen, daß ich für die zu leistende Arbeit bereit wäre, mit einer gebrauchten, aber guten Nähmaschine zu zahlen — und die Näherinnen rannten mir die Tür ein! Jetzt war mein Entschluß gefaßt, und ich ging daran, die Genossenschaftsbörse zu gründen.

Jedes Mitglied erhält eine Art Sparkassenbuch, worin „Börsendollars“ notiert werden für die Arbeiten, die die Mitglieder verrichten.

Da ist zum Beispiel ein Advokat, der durch verschiedene Umstände in Geldverlegenheit geraten ist. Wird er Genossenschaftsmitglied, dann schicken wir ihm alsbald ein anderes Mitglied, das einen Rechtsbeistand nötig hat, und wenn die Rechtsberatung zum Beispiel fünf Dollar kostet, so bezahlt das Mitglied nur zehn Prozent, das ist 50 Cents, in bar, und der Rest wird von seinem „Börsensparkassenbuch“ abgebucht, während viereinhalb Dollar als Guthaben in das „Börsensbuch“ des Advokaten eingetragen werden. Wenn die Frau des Advokaten am folgenden Tage etwa eine Wäscherin braucht, so telephonierte sie nur an die Börse und wir schicken ihr eine Wäscherin, der sie ihrerseits wieder nur zehn Prozent in bar bezahlt, während sie für den Rest eine Anweisung auf das „Börsensbuch“ ihres Mannes gibt. —

Allerdings, die Straßenbahn, das Gas- und Elektrizitätswerk und die Steuerbehörde sind noch nicht Mitglieder dieser „Börse für geldlose Menschen“ geworden.

Wer aber meint, so etwas sei nur im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ zu finden, der irrt sehr. Wir können auch schon mit einem Beispiel auf dem europäischen Festlande aufwarten.

Eine „moderne“ Kunstausstellung.

Aus Wien wird berichtet, der dortige Künstlerbund „Hagen“ suchte die Wirtschaftsnot seiner Mitglieder durch entschlossene Rückkehr zum Tauschverkehr zu beheben. Dort soll ebenfalls der Mangel an Bargeld umgangen und eine Tauschverbindung zwischen Künstlern und kaufmännischen Kreisen hergestellt werden:

Für Lebensmittel und Bedarfsartikel, für ärztliche und juristische Behandlung, also im Tausch gegen eine dem Preis des Kunstwertes entsprechende Menge von Waren oder durch eine auf längere Zeitdauer verteilte Lieferung von Waren oder Arbeit, kann der Kunstfreund ohne Barzahlung in den Besitz des gewünschten Werkes kommen. Erleichtert soll dieser Tauschverkehr dadurch werden, daß die bei den Kunstausstellungen gezeigten Werke keine fixen Preise tragen,

sondern der Kauflustige nennt im Sekretariat die Summe, die er für ein Werk in bar oder Tausch auslegen will. Genügt das Angebot, so gilt der Kauf oder Tausch als abgeschlossen, genügt es nicht, so wird die gebotene Summe oder Leistung am Werk angeschrieben und kann natürlich überboten werden. Am Schluß der Ausstellung gilt der Kauf oder Tausch mit dem Meistbietenden als abgeschlossen.

Wie im kleinen, so auch im großen.

Zwischen den einzelnen Staaten wird Tauschverkehr versucht. So steht die österreichische Elektrizitätsindustrie mit der brasilianischen Regierung in Unterhandlung wegen Elektrifizierung einiger brasilianischer Bahnstrecken gegen Lieferung entsprechender Mengen Kaffee. Es handelt sich um mehrjährige Arbeiten in Höhe von etwa 100 Millionen Schilling (rund 50 Millionen Mark). Da Oesterreich im Jahre 1931 für 16 Millionen Schilling Kaffee aus Brasilien bezogen hat, könnte die Kaffeeimport nach Oesterreich für einige Jahre auf dem Tauschwege vermittelt werden.

Zwischen den interessierten Gruppen in Frankreich und Dänemark sind Unterhandlungen im Gange, um dänische Butter gegen französische Spirituosen zu tauschen. Dänemark würde damit ein doppeltes Geschäft machen, einerseits würde es einen guten Teil seiner Buttererzeugung los, andererseits würden die Steuern aus dem Spirituosenkonsum weiterfließen, die zu versiegen drohen, wenn die Devisenlage eine weitere Drosselung der Spirituosenimport verlangt. Nach späteren Meldungen sollen für 1 Million Kronen dänische Schlachtereiprodukte gegen französischen Wein für 200 000 Kronen getauscht werden; die Differenz soll französischerseits mit Devisen beglichen werden.

Aus Bremen, Hamburg und Lübeck wird berichtet, daß dort Clearingstellen für den Warentauschverkehr eingerichtet worden sollen. Weiter ist geplant ein Tausch von 5000 Ballen ägyptischer Baumwolle gegen Leuna-Salpeter. Die Firma Krupp in Essen hat mit den dänischen Viehexport-Vereinen den Austausch von dänischem Schlachtvieh gegen deutsche Landwirtschaftsmaschinen vereinbart. Von einem deutsch-brasilianischen Kaffee-Kohlen-Geschäft ist immer wieder die Rede, obwohl es ebenso oft demontiert wird. Ueber den Tauschhandel der I. G. - Farben, die 720 Waggons ungarischen Weizen zur Bezahlung von Außenständen für frühere Farben- und Chemikalienlieferungen nach Deutschland holten, wurde bereits berichtet.

Auch der Orient sucht den Anschluß an die neuesten Erregenschaften der mitteleuropäischen Zivilisation.

Butterzollfolgen.

Litauen kauft nicht mehr deutsche, sondern englische Kohle! Eine Reihe Staatslieferungen, die früher an Deutschland vergeben wurden, sind an andere Staaten vergeben. Der Vizeminister des Verkehrsministeriums ist zur Zeit unterwegs nach England um dort für die Litauische Eisenbahn 50 000 Tonnen Kohle zu bestellen.

Dänemark: In der englischen Zeitung „Financial Times“ erscheint eine Artikelserie über Dänemarks Handel und Industrie. Der dänische Ministerpräsident STÄUNING schreibt dort:

„Wir können nicht im gleichen Maße wie früher die Waren der Länder kaufen, die sich von unseren Produkten abschließen wollen.“ Die Folge werde sein, daß man sich mehr und mehr für den Kauf der Waren Englands interessiere, das bekanntlich den weitaus größten Teil der dänischen Ausfuhr abnehme.

Die Entwicklung der Einfuhr von Kohle und anderen mineralischen Brennstoffen aus Deutschland nach Dänemark zeigt in diesem Jahr von Monat zu Monat eine weitere Verschlechterung, während die deutschen Brennstoffe sich bis Ende vorigen Jahres am dänischen Markt behaupten konnten.

In den ersten vier Monaten der Jahre 1931 und 1932 gestaltete sich Dänemarks Einfuhr an Kohle und anderen mineralischen Brennstoffen folgendermaßen (in Millionen Kronen):

	1931	1932
Gesamteinfuhr	29,5	28,8
Javon aus:		
Deutschland	8,5	6,0
England	13,9	15,3
Polen	6,3	5,7

Holland droht mit einer einseitigen Devisenregelung im Warenverkehr mit Deutschland für den Fall, daß Deutschland sich gegenüber den holländischen Wünschen ablehnend verhält bei den deutsch-holländischen Wirtschaftsverhandlungen. — Der angekündigten Maßnahme liegt ein Gesetzentwurf zu Grunde, nach dem die holländische Regierung ermächtigt werden soll, ohne besondere Verträge den Devisenverkehr mit einzelnen Ländern gesetzlich zu regeln. In der Begründung dieses Gesetzentwurfes ist unter anderem die Rede von einer Einfuhrbeschränkung als Sondermaßnahme gegen diejenigen Länder, die der liberalen Haltung Hollands gegenüber ihrer Ausfuhr nicht Rechnung tragen. Gemeint ist in erster Linie Deutschland.

Eine Beschränkung der deutschen Ausfuhr nach Holland ist keineswegs als leere Drohung seitens Hollands aufzufassen. Der Druck, den holländische Organisationen — besonders landwirtschaftliche — auf die Regierung ausüben, ist sehr stark. Manche Organisationen drohen sogar mit dem Boykott deutscher Waren, falls die holländische Regierung nicht selber die deutsche Einfuhr nach Holland beschränkt.

HOLLAND

Butter-Ausfuhr: Warum die Holländer über die deutsche Butterzoll-Politik verschunpft sind, zeigen sehr deutlich die folgenden Zahlen für die Butterausfuhr nach Deutschland, jeweils in den Monaten Januar bis April:

	1929	1930	1931	1932
in Tonnen	10 577	9 612	6 251	2 775
in 1000 Gulden	19 884	16 092	8 793	2 901

USA

FORDs Defizit: Die Ford Motor Company in Detroit weist für 1931 einen Verlust von 5,4 Millionen Dollar aus. Im Vorjahr hatte sie einen Reingewinn von 4,4 Millionen Dollar gemacht.

Im türkischen Wirtschaftsministerium wird derzeit der Gedanke eines Einfuhrmonopols für Zucker und Kaffee erwogen, die Einfuhrerlaubnis soll nur gegen die Verpflichtung zur Abnahme türkischer Waren in gleicher Höhe gegeben werden. Eine solche Einfuhr auf dem Warentauschwege soll kontingentfrei sein.

Mit dem französischen Handelsministerium sind ebenfalls Verhandlungen im Gange über einen französisch-türkischen Warenaustausch. In diesem Fall liegt das größere Interesse bei Frankreich, da die Ausfuhr französischer Waren durch die scharfen Einfuhrkontingentierungen der Türkei schwer getroffen wird.

Diese letztgenannten Verhandlungen sind folgenswerter und gefährlicher als die Selbsthilfeversuche Einzelner oder privater Wirtschaftsgruppen, weil sie

weitere Schritte in Richtung auf das staatliche Außenhandelsmonopol

bedeuten.

Dazu gehören die Bestrebungen des Schweizer Staates zur Organisation eines „Waren-Kompensationsverkehrs“, wie man so schön sagt; diese Worte klingen geheimnisvoll und sollen wohl über die Primitivität dieser Formen des Tauschhandels hinwegtäuschen. Private Importfirmen sollen zu Einfuhrsyndikaten zusammengefaßt werden. Diese sollen bei ihren Einkäufen diejenigen Länder besonders berücksichtigen, die ihrerseits schweizerische Ausfuhrartikel abnehmen. Auf diesem Wege soll auch eine Lockerung jetzt eingefrorener Außenstände und ein reibungsloser (!) Zahlungsverkehr erzielt werden. Ueber die technische Seite dieser Pläne ist noch nichts bekannt.

Wie will man zum Beispiel den ausländischen Benzinlieferanten für den Tausch gegen Schweizer Uhren oder Schweizer Spitzen interessieren?

Man möchte lachen über diese primitiven Versuche, durch „Rückkehr zur Natur“ die Aufgaben zu lösen, die unsere heutige hochdifferenzierte Tauschwirtschaft angeblich nicht lösen kann. — wenn die kritische Situation der Weltwirtschaft nicht so bitter ernst wäre. So viel kann allerdings gesagt werden: Würde auch nur halb so viel Verstand und Willen aufgewandt zur Ueberwindung der einer radikalen Lösung des Krisenproblems entgegenstehenden Vorurteile und Irrtümer, wie zur Ausknobelung all dieser Tauschmöglichkeiten und -unmöglichkeiten aufgebracht wird, dann könnte die Krise längst beseitigt sein.

Rudi Höll.

DÄNEMARK

Jütländisches Vieh gegen deutsche Briketts: Die Presse meldet einen interessanten Versuch direkten Tausches von süd-jütländischem Vieh gegen deutsche Briketts, die in Südtuland sehr viel gebraucht werden. Danach hat eine Handelsreise nach Deutschland im März für die Jütlandsche Eisenbahn 50 000 Tonnen Kohle bestellt. — Der dänische Grenzschlachthaus zu beginnen, um dafür von dem deutschen Grenzschlachthaus Briketts zu beziehen. In den interessierten Kreisen hofft man, daß seitens des dänischen Valutenkontors diesem Tauschgeschäft Schwierigkeiten nicht in den Weg gelegt werden.

DEUTSCHLAND

Ein Erfolg der „Sozialisierung“: Die Berliner städtischen Gaswerke erhöhten ihren Gewinn im Geschäftsjahr 1931 auf 3,7 Millionen Mark (Gewinn im Vorjahr: 3,3 Millionen Mark). Der Gewinn fällt der Stadt Berlin zu als Besitzerin des Aktienkapitals von 15 Millionen Mark. Die erzielte Dividende beträgt also 24½ Prozent. Die Stadt erhält außerdem: 6,5 Millionen Mark als Pachtabgabe, 6,8 Millionen Mark auf Grund des Finanzausschlages zu den Gaspreisen und 1,3 Millionen Mark wegen Personalkostenersparnis auf Grund der Notverordnungen. — Der Durchschnittsverkaufspreis für den Kubikmeter Gas stellte sich auf 17,6 Pfennig gegenüber 17,4 Pfennig im Vorjahr. — Fragen: Welches private Gaswerk hätte sich diese Ausbeutung der Konsumenten leisten können? Auf den Einwand, die Stadt müsse doch auf irgend einem Wege ihren Finanzbedarf decken, stellen wir die weitere Frage: Läßt sich ein ungerechteres Verfahren der Steuererhebung ausdenken?

Bergmann Elektrizitätswerke A. G., Berlin: Der Umsatz betrug

im Jahre 1929	rund 116 Millionen Mark
im Jahre 1930	rund 78 Millionen Mark
im Jahre 1931	rund 48 Millionen Mark

Die Belegschaft ist seit Ende 1930 von 5700 auf 2700 abgesunken.

Nach Auflösung der Reserven von rund 7½ Millionen Mark ergibt sich ein Verlust von fast 19 Millionen Mark. 6,7 Millionen Mark des Verlustes sind dadurch entstanden, daß Forderungen an die Kundschaft abgeschrieben wurden (also ein Siebentel des derzeitigen Jahresumsatzes wurde „verschenkt“).

ENGLAND

Nachlassende Beschäftigung der Industrie: Der vom Handelsministerium berechnete Index über den Beschäftigungsgrad der englischen Industrie hat sich folgendermaßen entwickelt:

1. Vierteljahr 1931	97,4
4. Vierteljahr 1931	100,1
1. Vierteljahr 1932	98,8

Vergleichen wir das 1. Vierteljahr der Jahre 1931 und 1932, so ergeben sich die folgenden prozentualen Verschiebungen:

	Zunahme Prozent	Abnahme Prozent
Bergbau (Förderung)	—	2,7
Eisen und Stahl	3,5	—
Nichteisenmetalle	2,4	—
Maschinen- und Schiffbau	—	11,0
Textilien	25,0	—
Chemische Industrie	3,8	—
Genußmittel	—	3,8